

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1

Erster Teil

Das Primat der Politik zwischen Kriegspolitik und militärischem Gehorsam	3
1. Kapitel: Der Krieg als Mittel politischen Handelns	5
A. <i>Der Krieg als Extremform staatlicher Konfliktaustragung</i>	5
I. Die phänotypische Sicht des Krieges	7
II. Die juristische Sicht des Krieges	12
III. Zwischenergebnis	13
B. <i>Der Krieg als Mittel der Politik</i>	13
I. Die Politik als zweckgeleitetes staatliches Handeln	13
II. Vom Krieg als Mittel der Politik zum Primat der Politik	16
1. Inhaltliche Vorgaben für das Primat der Politik	16
2. Institutionelle Vorgaben für das Primat der Politik	18
III. Zwischenergebnis	20
2. Kapitel: Die rechtlichen Sicherungen des Primats der Politik	21
A. <i>Das Primat der Politik als Staatsprinzip</i>	21
B. <i>Das Primat der Politik unter der Geltung des Rechtsstaatsprinzips</i>	23
I. Die rechtsstaatlichen Sicherungsmöglichkeiten des Primats der Politik	24
II. Die Rechtsstellung der Armee im gewaltenteiligen Staat	25
1. Das staatliche Gewaltmonopol und das Gewaltenteilungs- prinzip	26
2. Die Armee in der horizontalen Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative	26

3. Die Armee in der vertikalen Gewaltenteilung zwischen militärischer und ziviler Führung	28
III. Die Bindung der Armee an nationales und internationales Recht	29
<i>C. Das Primat der Politik unter der Geltung des Demokratieprinzips</i>	34
I. Die legitimatorische Sicherung des Primats der Politik in der Demokratie	34
II. Die effektive demokratische Legitimation der Armee und der Parlamentsvorbehalt	35
<i>D. Die Rechtsstellung des einzelnen Soldaten in der Armee</i>	36
I. Der Soldat als Adressat von Pflichten	36
II. Weitere Faktoren soldatischen Gehorsams	40
1. Erziehung, Selbstverständnis und politische Überzeugung als endogene Faktoren	41
2. Führung und Gruppenverhalten als exogene Faktoren	43
III. Der Soldat als Träger von Rechten	44
<i>E. Zwischenergebnis</i>	45

Zweiter Teil

Das Verhältnis von Armee und Politik im Kaiserreich	47
3. Kapitel: Das Verhältnis von Armee und Politik im Kaiserreich bis zum Juli 1914	48
<i>A. Die militärrelevanten außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen</i>	48
<i>B. Die Rechtsstellung der Armee nach der Reichsverfassung</i>	61
I. Die Armee im verfassungsrechtlichen Spannungsfeld zwischen Monarch und Parlament	61
1. Die föderale Gliederung der Teilstreitkräfte	61
a) Das Heer als föderale Einrichtung der Bundesstaaten	62
b) Die Marine als Einrichtung des Reiches	64
2. Die Kommandogewalt des Kaisers	65
3. Die Kompetenzen des Reichskanzlers und des preußischen Kriegsministers	66
4. Die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten des Reichstags	69
a) Das Budgetrecht des Reichstags	69
b) Die Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Reichsleitung	74
c) Die fehlende demokratische Legitimation der Armee	76
5. Zwischenergebnis	77

II. Die Bindung der Armee an nationales und internationales Recht	77
III. Die Rechtsstellung des einzelnen Soldaten in der Armee	82
1. Der Soldat als Adressat von Pflichten	82
a) Der Gehorsam als Teil der soldatischen Treuepflicht	82
b) Das Militärstrafrecht als Instrument zur Sicherung unbedingten Gehorsams	84
2. Weitere Faktoren soldatischen Gehorsams	88
3. Der Soldat als Träger von Rechten	91
IV. Zwischenergebnis	94
 4. Kapitel: Das Verhältnis von Armee und Politik im Ersten Weltkrieg	96
<i>A. Die militärrelevanten außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen</i>	96
I. Die politischen und militärischen Vorentscheidungen des Kaiserreichs bis 1914	96
II. Das politische und militärische Dilemma des Kaiserreichs in der Juli-Krise 1914	101
III. Die deutsche Kriegsführung bis 1916	106
IV. Die deutsche Kriegsführung ab 1916	112
<i>B. Der verfassungswidrige Machtzuwachs der Armee im Lauf des Krieges</i>	119
I. Die verfassungsrechtliche Stellung der Armee zwischen Kaiser, Reichsregierung und Reichstag	119
1. Die verfassungsmäßige Entscheidung über den Kriegseintritt und den Kriegszustand	119
2. Die verfassungswidrige Entscheidungsfindung über die Kriegsziele und den U-Boot-Krieg	124
3. Die Verfassungsverstöße bei der Friedensresolution und dem Friedensschluss mit Russland	132
4. Die Entscheidungen über die Kapitulation und die Parlamentarisierung	137
5. Der Zusammenbruch des alten Staatsrechts mit der Abdankung des Kaisers	141
6. Zwischenergebnis	144
II. Die Bindung der Armee an nationales und internationales Recht	146
1. Die Stellung der Armee nach deutschem Kriegsrecht	146
2. Die Beachtung des internationalen Rechts durch die Armee	147
a) Die deutsche Kriegsbeteiligung	147
b) Die deutsche Kriegsführung	149
3. Zwischenergebnis	156

III. Die Rechtsstellung des einzelnen Soldaten in der Armee	156
1. Der Soldat als Adressat von Pflichten	156
2. Weitere Faktoren soldatischen Gehorsams	159
3. Der Soldat als Träger von Rechten	161
IV. Zwischenergebnis	162

Dritter Teil

Das Verhältnis von Armee und Politik in der Weimarer Republik	165
--	-----

5. Kapitel: Die Armee zwischen Restauration und Revolution 1918/19	166
<i>A. Die militärrelevanten außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen</i>	166
I. Das Ebert-Groener-Bündnis als Herrschaftskompromiss mit der Armee	167
II. Die Bildung der Freikorps als Grundlage des militärischen Gewaltmonopols	172
III. Der Spartakus-Aufstand als Bewährungsprobe für das Ebert-Groener-Bündnis	176
IV. Die vorläufige Regelung der Kommandogewalt	178
V. Die militärischen Entscheidungen der Weimarer Nationalversammlung	180
<i>B. Die Rechtsstellung der Armee in der verfassungsrechtlichen Umbruchphase</i>	182
I. Die Armee als Teil der Exekutive	182
1. Die rechtliche Zuordnung der Armee zur provisorischen Reichsregierung	182
a) Die Armee als Institution des Reiches	182
b) Die Befehlsgewalt der provisorischen Reichsregierung .	184
c) Die Kompetenzen des Reichswehrministers	188
2. Die Zuordnung der Armee zum Reichspräsidenten	191
II. Die Legitimation der Armee durch eine Volksvertretung	193
1. Die Einflussmöglichkeiten der Arbeiter- und Soldatenräte .	193
2. Die verfassungsrechtliche Stellung der Nationalversammlung	194
III. Die Bindung der Armee an nationales und internationales Recht	196
1. Die Geltung von Reichs- und Länderrecht beim Einsatz der Armee im Innern	196

2. Die Beachtung völkerrechtlicher Vorgaben beim Einsatz der Armee nach außen	200
IV. Die Stellung der Soldaten in der Aufbauphase der Reichswehr	202
1. Der Soldat als Adressat von Pflichten	202
2. Weitere Faktoren soldatischen Gehorsams	204
3. Der Soldat als Träger von Rechten	206
C. Zwischenergebnis	207
6. Kapitel: Die Armee als »Staat im Staat« in der Weimarer Republik	210
<i>A. Die militärrelevanten außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen</i>	210
I. Die Weimarer Verfassung als rechtliche Grundlage einer inneren Stabilisierung	211
II. Der Versailler Vertrag als vertane Chance für eine internationale Friedensordnung	214
III. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 als erste Loyalitätsprobe für die Reichswehr	217
IV. Die Konsolidierung der Reichswehr unter Umgehung des Versailler Vertrags	222
1. Der Kurswechsel der Reichswehr zur Kooperation mit der Reichsregierung	222
2. Die Eigenständigkeit der Reichswehr bei ihrer Neustrukturierung	225
V. Der Hitler-Putsch 1923 als zweite Loyalitätsprobe für die Reichswehr	228
VI. Die politische Kehrtwendung der Reichswehr	233
VII. Die Reichswehr unter der Präsidialregierung Brüning	239
VIII. Die Selbstdemontage der Weimarer Republik	246
IX. Zwischenergebnis	250
<i>B. Die Rechtsstellung der Armee nach der Weimarer Verfassung</i>	251
I. Die Armee als Teil der Exekutive	252
1. Die Zuordnung der Armee zur Reichsregierung	252
a) Die Armee als Institution des Reiches	252
b) Die Kompetenzen des Reichswehrministers	253
2. Der Oberbefehl des Reichspräsidenten	257
a) Die reguläre Befehlsgewalt des Reichspräsidenten nach Art. 47 WRV	257
b) Die Kompetenzen des Reichspräsidenten im Ausnahmezustand nach Art. 48 WRV	259
aa) Die Reichsexekution nach Art. 48 Abs. 1 WRV	259

bb) Die Notstandsbefugnisse für das Reich nach Art. 48 Abs. 2 WRV	260
cc) Die Notstandsbefugnisse der Länder nach Art. 48 Abs. 4 WRV	263
3. Zwischenergebnis	264
II. Die parlamentarische Kontrolle der Reichswehr	264
1. Die Rechte des Reichstags und die Entscheidung über Krieg und Frieden	264
2. Die parlamentarische Legitimation der Armeeführung	265
a) Die parlamentarische Verantwortlichkeit des Reichswehrministers	265
b) Der Legitimationskonflikt zwischen Reichstag und Reichspräsident	266
3. Die Aushöhlung des parlamentarischen Gesetzgebungs- rechts durch die Notverordnungen	269
4. Die Missachtung des parlamentarischen Budgetrechts durch die geheime Aufrüstung	272
5. Zwischenergebnis	276
III. Die Bindung der Armee an nationales und internationales Recht	276
1. Die Geltung von Reichs- und Länderrecht beim Einsatz der Armee	276
2. Die völkerrechtlichen Bindungen und die Umgehung des Versailler Vertrages	278
3. Zwischenergebnis	284
IV. Die Rechtsstellung des einzelnen Soldaten in der Reichswehr .	284
1. Der Soldat als Adressat von Pflichten	284
2. Weitere Faktoren soldatischen Gehorsams	290
a) Erziehung, Selbstverständnis und politische Überzeugung als endogene Faktoren	290
b) Führung und Gruppenverhalten als exogene Faktoren .	294
3. Der Soldat als Träger von Rechten	295
C. Zwischenergebnis	296

Vierter Teil

Das Verhältnis von Armee und Politik
im »Dritten Reich« 299

7. Kapitel: Das Verhältnis von Armee und Politik bis zum Zweiten Weltkrieg	300
<i>A. Die militärrelevanten außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen</i>	300
I. Hitlers Herrschaftsmodell und die Ursprünge seiner Politik . .	300
II. Hitlers Ernennung zum Reichskanzler und sein Pakt mit der Wehrmachtführung	305
III. Die Ausschaltung der politischen Parteien und des Reichstags .	307
IV. Die »Gleichschaltung« der Länder	313
V. Die Ersetzung des Kollegialprinzips in der Reichsregierung durch das »Führerprinzip«	314
VI. Die Verstrickung der Wehrmacht in die »Röhm-Morde«	315
VII. Die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten	319
VIII. Die Vereidigung der Wehrmacht auf Hitler	320
IX. Die Errichtung der Diktatur als »Machtergreifung«	321
X. Die Aufrüstung als außenpolitisches Druckmittel	322
XI. Die rüstungs- und wirtschaftspolitische Weichenstellung für den Krieg	325
XII. Der Kampf um das Primat der Politik zwischen Hitler und der Wehrmacht 1938	327
XIII. Zwischenergebnis	333
<i>B. Die Rechtsstellung der Wehrmacht im nationalsozialistischen Staat</i>	333
I. Die Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems . . .	333
1. Der Legalitätskurs Hitlers bis zur »Machtergreifung«	334
a) Die rechtstheoretischen Grundlagen des Legalitätskurses	334
b) Die Verfassungswidrigkeit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler	336
2. Der nationalsozialistische Richtungswchsel in Rechtspolitik und Rechtslehre	338
a) Die Ziele der nationalsozialistischen Rechtspolitik	338
b) Die Rechtsidee der »Einheit« und die Rechtsquellen der »völkischen Rechtslehre«	339
c) Die »völkischen« Auslegungsmethoden und das Denken in »konkreten Ordnungen«	342

II. Die »Gleichschaltung« des Staates als Zerstörung der Weimarer Verfassungsordnung	345
1. Die Entmachtung des Reichstags als Bruch des Demokratieprinzips	345
2. Die »Gleichschaltung« der Länder als Bruch des föderalen Prinzips	351
3. Die Entmachtung der Reichsregierung als Bruch des Kabinettsprinzips	352
4. Die Anmaßung richterlicher Funktionen als Bruch des Gewaltenteilungsprinzips	353
III. Die Folgen der Gleichschaltung für die Rechtsstellung der Wehrmacht	355
1. Die Beseitigung der parlamentarischen Legitimation der Armeeführung	355
2. Die Konzentration der Befehlsgewalt beim Reichskanzler	356
3. Die Unterwerfung der Wehrmacht durch den persönlichen Treueid auf Hitler	357
4. Die Lockerung der Bindungen der Wehrmacht an das nationale Recht	361
5. Die Missachtung völkerrechtlicher Vereinbarungen	363
6. Zwischenergebnis	368
IV. Die Rechtsstellung des einzelnen Soldaten in der Wehrmacht	369
1. Der Soldat als Adressat von Pflichten	369
a) Der Gehorsam als Teil der soldatischen Treuepflicht	369
b) Das Militärstrafrecht als Instrument zur Sicherung unbedingten Gehorsams	371
2. Weitere Faktoren soldatischen Gehorsams	374
a) Erziehung, Selbstverständnis und politische Überzeugung als endogene Faktoren	375
b) Führung und Gruppenverhalten als exogene Faktoren	379
3. Der Soldat als Träger von Rechten	382
V. Zwischenergebnis	383
8. Kapitel: Das Verhältnis von Armee und Politik im Zweiten Weltkrieg	385
A. <i>Die militärrelevanten außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen</i>	385
I. Hitlers Kriegsmotive und Kriegsziele	385
II. Der Überfall auf Polen als erster »Blitzkrieg«	389
III. Die Seestrategien und der deutsche Angriff auf Nordeuropa	397
IV. Der deutsche Angriff auf Belgien, Holland, Luxemburg und Frankreich	399

V. Die gescheiterte Invasion Großbritanniens	401
VI. Die Waffenhilfe für Italien in Nordafrika und auf dem Balkan	403
VII. Das Scheitern der deutschen Seekriegsstrategie	407
VIII. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion	411
1. Der strategische Konsens über die Kriegsziele	411
2. Der Überfall auf die Sowjetunion als Angriffskrieg	415
3. Das Scheitern des »Blitzkrieg«-Konzepts	416
4. Der endgültige Strategiewechsel Hitlers 1942	420
5. Der Übergang der Wehrmacht von der Offensive zur Defensive 1943	423
6. Die Wehrmacht als Werkzeug in Hitlers Vernichtungskrieg	427
a) Die Behandlung der Zivilbevölkerung	427
b) Die Misshandlung der Kriegsgefangenen	434
c) Die Beteiligung bei der Partisanenbekämpfung	437
d) Die Verstrickung der Wehrmacht in den Vernichtungskrieg	439
IX. Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und die Strategie der Alliierten	439
X. Die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in den Luftkrieg	444
XI. Der militärische Widerstand als Versuch einer Rückkehr zum Pramat der Politik	448
XII. Die Kapitulation der Wehrmacht	453
 <i>B. Die Rechtsstellung der Wehrmacht als Instrument der »totalen Kriegsführung«</i>	461
I. Die Zuordnung der Wehrmacht zur Exekutive im »Führerstaat«	461
1. Die weitere Konzentration der militärischen Führungsfunktionen bei Hitler	461
2. Der Aufstieg der SS als Rivalin der Wehrmacht	464
a) Die Rechtsstellung und die Rechtsbindung der SS als Parteiorganisation	464
b) Die Rechtsstellung der SS gegenüber der Wehrmacht . .	466
II. Die vollständige Ausschaltung der parlamentarischen Kontrolle der Wehrmacht	468
III. Die Missachtung völkerrechtlicher Bindungen am Beispiel des Krieges im Osten	469
1. Die völkische Lockerung der völkerrechtlichen Bindungen .	469
2. Die grundlegenden Völkerrechtsverstöße beim Einsatz der Wehrmacht im Krieg	470
a) Die Entfesselung eines völkerrechtswidrigen Angriffskriegs durch Deutschland	470
b) Die Verletzung elementarer Regeln der Kriegsführung gegenüber Soldaten und Zivilisten	473

c) Die Misshandlung sowjetischer Zivilisten	476
3. Die Bestrafung von Völkerrechtsverstößen durch den Internationalen Militärgerichtshof	479
IV. Die Rechtsstellung des einzelnen Soldaten in der Wehrmacht	482
1. Die Erzwingung unbedingten Gehorsams mittels nationalsozialistischen Militärstrafrechts	482
a) Die radikale Verschärfung des Militärstrafrechts für Delikte in der Armee	483
b) Die Freistellung von der Strafverfolgung für vernichtungsspezifische Delikte an Dritten	493
2. Weitere Faktoren soldatischen Gehorsams	494
a) Erziehung, Selbstverständnis und politische Überzeugung als endogene Faktoren	495
b) Führung und Gruppenverhalten als exogene Faktoren .	499
3. Die Grenzen des Gehorsams am Beispiel des Attentats vom 20. Juli 1944	501
V. Zwischenergebnis	502

Fünfter Teil

Das Verhältnis von Armee und Politik in der Bundesrepublik Deutschland

9. Kapitel: Das Verhältnis von Armee und Politik in der Bundesrepublik bis 1990	506
--	-----

<i>A. Die militärrelevanten außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen</i>	506
I. Die deutsche Teilung als Folge des Ost-West-Konflikts	506
II. Die Schaffung der beiden deutschen Staaten	508
III. Die Wiederbewaffnung in beiden deutschen Staaten	512
IV. Das Konzept der »Inneren Führung«	516
V. Die Verwirklichung des Konzepts der »Inneren Führung« . .	518
VI. Die NATO-Nachrüstungsdebatte und die Friedensbewegung .	524
VII. Die Einsätze der Bundeswehr im »Kalten Krieg«	526
VIII. Die Bundeswehr in der Wiedervereinigung Deutschlands .	528
<i>B. Die Rechtsstellung der Bundeswehr im Verfassungsgefüge des Grundgesetzes</i>	531
I. Die Zuordnung der Bundeswehr zur Exekutive	531
1. Die Bundeswehr als Einrichtung des Bundes	531
2. Die einheitliche Befehls- und Kommandogewalt	532
3. Die Kompetenzen des Bundesministers der Verteidigung .	534

4. Die Stellung der NVA in der Exekutive der DDR	535
zum Vergleich	
5. Zwischenergebnis	536
II. Die parlamentarische Legitimation der Bundeswehr	537
1. Das Demokratieprinzip des Grundgesetzes	537
2. Die Einflussmöglichkeiten und Kontrollrechte	
des Bundestages	539
a) Das Spannungsfeld zwischen exekutiver Entscheidung	
und parlamentarischem Einfluss	539
b) Das Budgetrecht des Bundestages	540
c) Die Entscheidungsrechte des Bundestages bei Einsätzen	
der Bundeswehr	540
d) Die Informations- und Kontrollrechte des Bundestages	
gegenüber der Bundesregierung	544
e) Die organisatorisch-personelle Legitimation	
der Bundeswehrführung	545
3. Die legitimatorische Stellung der NVA in der DDR	
zum Vergleich	546
4. Zwischenergebnis	548
III. Die Bindung der Bundeswehr an nationales und internationales	
Recht	549
1. Das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes	549
2. Die rechtliche Bindung der Bundeswehr bei Einsätzen in	
der bipolaren Welt	550
a) Der Begriff des Einsatzes der Bundeswehr	550
b) Der rechtliche Rahmen für militärische Einsätze	
der Bundeswehr im In- und Ausland	552
aa) Der militärische Einsatz im Inland gegen einen	
äußeren Angriff	552
bb) Der militärische Einsatz im Inland gegen eine innere	
Bedrohung	554
cc) Der militärische Einsatz im Ausland	557
dd) Die Vorbereitung zum militärischen Einsatz	
im Verteidigungsbündnis	559
c) Der rechtliche Rahmen für nichtmilitärische Einsätze	
der Bundeswehr im In- und Ausland	561
aa) Der nichtmilitärische Einsatz im Inland	561
bb) Der nichtmilitärische Einsatz im Ausland	563
d) Die Kontrolle der Bundeswehr durch deutsche und	
internationale Gerichte	563
3. Die rechtliche Stellung der NVA in der DDR	
zum Vergleich	564
4. Zwischenergebnis	565

IV. Die Rechtsstellung des einzelnen Soldaten in der Bundeswehr	565
1. Der gewissenhafte Gehorsam im Pflichtenkatalog des Soldaten	565
2. Weitere Faktoren soldatischen Gehorsams	571
a) Erziehung, Selbstverständnis und politische Überzeugung als endogene Faktoren	572
b) Führung und Gruppenverhalten als exogene Faktoren	576
3. Der Soldat als Träger von Rechten	578
4. Die Rechtsstellung des Soldaten in der NVA zum Vergleich	579
V. Zwischenergebnis	585
 10. Kapitel: Das Verhältnis von Armee und Politik in der Bundesrepublik seit 1990	587
<i>A. Die militärrelevanten außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen</i>	588
I. Der Wandel von der bipolaren Weltordnung zur multipolaren Weltlage	588
II. Der Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien	591
1. Der Einsatz zur Sicherung des Dayton-Abkommens in Bosnien-Herzegowina ab 1995	591
2. Der Einsatz der Bundeswehr im Kosovo ab 1999	595
III. Die Bundeswehr im Kampf gegen den Terrorismus im Ausland	600
IV. Der Einsatz der Bundeswehr auf hoher See	607
V. Der Einsatz der Bundeswehr zur Terrorbekämpfung im Innern	610
VI. Die neuen Konfliktformen des 21. Jahrhunderts als militärische Herausforderung	612
1. Die Re-Privatisierung der Konflikte durch den verstärkten Einsatz von Söldnern	612
2. Die fortschreitende Technisierung der Konflikte durch den Einsatz von Drohnen	614
3. Die Virtualisierung der Konflikte durch den Software-Einsatz im »cyber war«	615
VII. Zwischenergebnis	616
<i>B. Die Rechtsstellung der Bundeswehr im wiedervereinigten Deutschland</i>	617
I. Die unveränderte Zuordnung der Bundeswehr zur Exekutive	617

II. Die erweiterte parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr	618
1. Der weiterentwickelte wehrverfassungsrechtliche Parlamentsvorbehalt	618
2. Die verbleibenden Defizite des Parlamentsvorbehalts für das Pramat der Politik	621
3. Die Delegationsmöglichkeiten des Bundestags	625
4. Ein Vorschlag zur Präzisierung von § 3 Abs. 2 und § 4 ParlBG	627
5. Die Mitwirkung des Bundestages an Fortentwicklungen kollektiver Sicherheitssysteme	628
III. Die erweiterte Bindung der Bundeswehr an nationales und internationales Recht	635
1. Die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inland	635
a) Die eigenständige Aufgabenwahrnehmung durch die Bundeswehr bei der Terrorabwehr	635
b) Die Unterstützungsleistung für andere Sicherheitskräfte bei der Terrorabwehr	637
aa) Die Defizite des Art. 35 Abs. 2 und Abs. 3 GG bei der Terrorabwehr	637
bb) Die Vorschläge zur Erweiterung von Art. 87a oder Art. 35 GG	639
cc) Die besondere Problematik des Einsatzes militärischer Mittel im Innern	642
2. Die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Ausland	652
a) Die Rechtsstellung der Bundeswehr bei Einsätzen im Auftrag der Vereinten Nationen	652
aa) Die Befugnisse der Bundeswehr bei Sicherungs- und Stabilisierungseinsätzen im Ausland	653
bb) Die Befugnisse der Bundeswehr bei Sicherungs- einsätzen auf hoher See	655
cc) Die Befugnisse der Bundeswehr bei Kampfeinsätzen im Ausland	657
b) Die Rechtsstellung der Bundeswehr bei Einsätzen ohne Mandat der Vereinten Nationen	664
c) Der Einsatz alter und neuer Kampfmittel in den »neuen Kriegen«	669
aa) Die verfassungsrechtlichen Grenzen des Einsatzes von Söldnern	669
bb) Die völkerrechtlichen Grenzen des Einsatzes von »Drohnen«	670
cc) Die völkerrechtlichen Herausforderungen des »cyber war«	671
3. Die gerichtliche Kontrolle	673

IV. Die Rechtsstellung des einzelnen Soldaten in den neuartigen Einsatzlagen	676
V. Zwischenergebnis	678
11. Kapitel: Ausblick – Das Primat der Politik in Deutschlands Geschichte und Gegenwart	680
A. <i>Die Lehren des Kaiserreichs für die rechtliche Sicherung des Primats der Politik</i>	680
B. <i>Die Lehren der Weimarer Republik für die rechtliche Sicherung des Primats der Politik</i>	682
C. <i>Die Lehren des »Dritten Reichs« für die rechtliche Sicherung des Primats der Politik</i>	683
D. <i>Die Lehren des geteilten Deutschland für die rechtliche Sicherung des Primats der Politik</i>	683
E. <i>Die Perspektiven des Primats der Politik im wiedervereinigten Deutschland</i>	684
F. <i>Die Funktionsbedingungen des Primats der Politik in einer demokratischen Republik</i>	686
Zusammenfassung	689
Summary	711
Literaturverzeichnis	733
Personenverzeichnis	775
Sachverzeichnis	778